

informiert worden und das artenschutzrelevante Thema bewusst klein gehalten worden seien.

Bürgermeister Kaiser: Er frage die anwesenden Bürger, ob sie die Sitzungsunterlagen zu dieser Thematik gelesen hätten. Dies sei bereits die zwanzigste Befassung zu diesem Thema seit 2011. Es habe 18 öffentliche Sitzungen und 2 nichtöffentliche Sitzungen gegeben. Bei den nichtöffentlichen Sitzungen habe es sich um Vertragsverhandlungen gehandelt. Der Gemeindeverwaltungsverband habe sich über diesen Tagesordnungspunkt beraten. Der Gemeindeverwaltungsverband repräsentiere drei Kommunen. Am 17.11.2011 habe er öffentlich über diese Thematik getagt. Dadurch sei eine Transparenz für die Bürger geschaffen worden. Zu dieser Sitzung sei jedoch kein Bürger erschienen. Erst wenn Maßnahmen bereits umgesetzt würden und wie bei diesem Fall Bäume gerodet würden, würden die Bürger Interesse zeigen.

Bürger 5: Er habe keinen Zweifel an der Entscheidung des Landratsamtes. Er könne nicht verstehen, warum die Verantwortlichen nicht aktiv seien und auf der Homepage „Stillschweigen“ herrsche.

Bürgermeister Kaiser: Der Gemeindeverwaltungsverband habe zusammen mit den Mitgliedsgemeinden Bräunlingen und Hüfingen den Flächennutzungsplan auf den Weg gebracht.

Bürger 6: Er wolle wissen, ob die Stadt Donauessingen den Tourismus zentralisieren wolle. Er vermute, dass Touristen durch die Windkraftanlage das Gebiet auf der Länge vermeiden würden.

Er erkundige sich danach, wie die Bundesstraße weiter ausgebaut werden solle und ob an den Lärmschutz gedacht worden sei.

Oberbürgermeister Pauly: Der Donauzusammenfluss solle im Zuge von Ausgleichsmaßnahmen renaturiert und als Auepark aufgewertet werden. Es würde eine zusätzliche Brücke gebaut werden und der Bereich der Kleingärtner würde sich positiv entwickeln.

Bürger 7: Es sei für die Stadt Donauessingen charakteristisch, wie in dieser Sache mit der Öffentlichkeit umgegangen worden sei. Es müsse sichergestellt werden, dass die Stadt im öffentlichen Interesse handle und entscheide.

Bürgermeister Kaiser: Der Bund habe planungsrechtlich den Bau sämtlicher Windkraftanlagen postuliert. Donauessingen müsse nun die Windkraft steuern.

Bürger 7: Die Verantwortung würde von unteren Hierarchien, wie beispielsweise von der Kommune den oberen Hierarchien, wie zum Beispiel dem Bund, zugeschoben werden. Er beschwere sich über die aktuelle Regierungssituation in Deutschland. Die Antwort von Herrn Bürgermeister Kaiser sei für ihn sehr unbefriedigend.

Patrick Scholl: Er gebe bekannt, dass es zum Verkehrskonzept viele Gegenstimmen gegeben habe.

Oberbürgermeister Pauly: Er weise darauf hin, dass das Verkehrskonzept als Tagesordnungspunkt 6 beraten werde.

2) TOP 1-024/18 Bekanntgabe der in nichtöffentlicher Gemeinderatssitzung gefasster Beschlüsse

Die in der nichtöffentlichen Gemeinderatssitzung am 30. Januar 2018 gefassten Beschlüsse wurden bekanntgegeben.

3) TOP 1-018/18 Genehmigung der Haushaltssatzung 2018

Beschluss:

Die Bestätigung der Gesetzmäßigkeit der Haushaltssatzung und die diesbezüglichen Anmerkungen werden zur Kenntnis genommen.

4) TOP 1-011/18 Finanzhaushalt – Übertragung von Haushaltsmitteln in das Jahr 2018

Beschluss:

Der Übertragung der Haushaltsreste von 2017 nach 2018 gemäß der beigefügten Anlage wird zugestimmt.

(einstimmig)

5) TOP 1-019/18 Allgemeine Finanzprüfung 2011 - 2014 durch die Gemeindeprüfungsanstalt Baden-Württemberg (GPA)

Oberbürgermeister Pauly: Er führt anhand der Sitzungsunterlage in den Tagesordnungspunkt ein.

Stadtrat Blaurock: Er bedanke sich bei der Verwaltung über die Unterrichtung des wesentlichen Inhalts des Prüfberichts.

Er hätte eine Frage zu S. 50 der Anlage der Sitzungsunterlage.

„...Durch Gewinnvorträge hat sich das Eigenkapital um 2.817 TEUR erhöht...“

Die Begrifflichkeiten seien seiner Ansicht nach unglücklich ausgewählt worden. Er erkundige sich, ob es sich um vorübergehendes Kapital handele.

Herr Zoller: Bei den Gewinnen handle es sich um bilanzierte Kostenüberdeckungen. Gewinne würden zum Eigenkapital gehören. Die Begrifflichkeit sei daher richtig gewählt und zutreffend. Die Gewinne seien den Gebührenzahlen zurückzugeben.

Stadtrat Rögele: Laut der Anlage (vgl. Sitzungsvorlage 1-1019/18, Anlage, S.38) seien die Kurtaxenabrechnungen zu überprüfen. Zweitwohnungsinhaber, sofern noch keine Festsetzungsverjährung eingetreten sei, sollen zur Leistung der pauschalen Kurtaxe herangezogen werden. Er erkundige sich danach, wie das Überprüfungsverfahren im Detail ablaufen solle.

Herr Biehler: Zweitwohnungsbesitzer müssten zur Zahlung der Kurtaxe herangezogen werden. Hierzu solle ermittelt werden, wie viele Wohnsitze in Donaueschingen gemeldet seien. Die Anzahl der gemeldeten Zweitwohnungsinhaber solle mit Bürgern, die eine Wohnung hätten, verglichen werden. Restliche Bürger sollen kontaktiert und befragt werden. Danach könne eine Pauschale berechnet werden.

Oberbürgermeister Pauly: Die Satzungsänderung würde dem Gemeinderat zum Beschluss vorgelegt werden. Der Bürger, der einen zweiten Wohnsitz in Donaueschingen habe, müsste demnach Kurtaxe bezahlen.

Stadtrat Vetter: „Die rechnerische Abweichung zum Stellenplan 2017 beträgt 0,35 Stellen/ 1.000 Einwohner bzw. 7,6 Stellen insgesamt.“ (vgl. Sitzungsvorlage 1-1019/18, Anlage, S.20).

Er würde gerne wissen, ob es sich bei den 7,6 Stellen um eine Abweichung über dem Durchschnitt oder unter dem Durchschnitt handle.

Oberbürgermeister Pauly: Die Verwaltung werde es prüfen und weitergeben.

Beschluss:

Der Gemeinderat nimmt von der allgemeinen Finanzprüfung 2011 – 2014 Kenntnis.

6) TOP 1-021/18 Erneute Behandlung Verkehrsuntersuchung 2015 – weiteres Vor- gehen

Oberbürgermeister Pauly: Er führt anhand der Sitzungsunterlage in den Tagesordnungspunkt ein.

Stadtrat Dr. Wagner: Er führt anhand des Antrags der FDP-Fraktion, der als Anlage zur Sitzungsunterlage beigefügt wurde, in den Tagesordnungspunkt ein. Er betone erneut den ersten Satz des Antrags: „Die FDP-Fraktion stehe zu den Beschlüssen zum Verkehrskonzept vom Oktober 2016“ (vgl. Drucksache 1-026/18). Er weise darauf hin, dass der Inhalt des Beschlussvorschlags der Stadtverwaltung nicht korrekt sei. Nicht das Verkehrskonzept solle neu behandelt werden, sondern die Reihenfolge der Maßnahmen, die aus dem Verkehrskonzept resultieren würden.

Die Veranstaltung der Initiative „Wir für Donau“ im Twist habe gezeigt, dass die Bürger einen Bedarf an Informationen zum Verkehrskonzept hätten.

Eine Informationsveranstaltung für die Bürger sei unabhängig von der heutigen Beschlussfassung notwendig.

Der Gemeinderat müsse den damals mehrheitlich gefassten Beschluss zum Verkehrskonzept nicht verbergen. Das Verkehrskonzept sei das Ergebnis ausführlicher Beratungen und fuße beispielsweise auch auf den Ergebnissen einer durchgeführten Wohnungsmarktanalyse und dem Donaubuskonzept.

Oberbürgermeister Pauly: Der Gemeinderatsbeschluss vom 24.10.2016 sei das Ergebnis einer langwierigen Beratung.

Die Bürger hätten die Möglichkeit gehabt, sich bei öffentlichen Gemeinderatssitzungen zu beteiligen. Es seien Verkehrszählungen sowie Simulationstechniken für die Auswirkungen einzelner Maßnahmen durchgeführt worden und das Verkehrskonzept sei zusammen mit einem renommierten Planungsbüro aufgestellt worden.

Allen neun Beschlüssen sei in der Gemeinderatssitzung am 04.10.2016 vom Gemeinderat mehrheitlich zugestimmt worden.

Er zitiere zwei der Beschlüsse:

„Den vom Büro Karajan vorgestellten Geschwindigkeitsbegrenzungen in der Innenstadt wird zugestimmt (25 Ja, 1 Nein, 5 Enthaltungen)“.

„Die Schaffung einer Einbahnregelung in der Fürstenbergstraße Fahrtrichtung stadteinwärts bis zur Stadtbibliothek wird unter dem Vorbehalt, dass der Hindenburgring diesen Verkehr bewältigen kann, zugestimmt. (28 Ja, 2 Nein, 1 Enthaltung)“ (vgl. Niederschrift vom 18.10.2016 zu TOP 2 der Gemeinderatssitzung am 04.10.2016).

Die zeitliche Umsetzung der Maßnahmen seien bereits damals in den Beschlüssen geregelt worden.

Die Stadtverwaltung sei somit verpflichtet, die Beschlüsse umzusetzen. Einige davon seien bereits umgesetzt worden.

Nach den Wintermonaten werde für acht Wochen mit den Außenarbeiten an der Stadtkirche begonnen werden.

Hierzu müsse die Straße teilweise gesperrt werden; entweder mit Hilfe einer Einbahnregelung oder einer Ampel.

Die Verwaltung sei jedoch zum Ergebnis gekommen, dass an dieser Stelle eine Ampelregelung höchst problematisch sei.

Zu der Zeit der Teilsperren an der Stadtkirche müsse daher trotz möglicher Neubehandlung des Verkehrskonzepts für 5 Wochen eine Einbahnstraßenregelung eingerichtet werden.

Das möglicherweise angestrebte Bürgerbegehren sei einer eindeutigen Frist von drei Monaten nach Beschlussfassung unterworfen. Die Frist sei bereits abgelaufen. Sollte das Verkehrskonzept neu beraten werden, so beginne die Frist neu zu laufen.

In der heutigen Beratung solle laut FDP-Antrag lediglich die zeitlichen Regelungen nochmals neu diskutiert werden.

Die zeitliche Abfolge sei jedoch auch ein Teil des Beschlusses.

Der Gemeinderat habe über längere Zeit zusammen mit Fachleuten über das Verkehrskonzept beraten. Er könne nicht verstehen, dass eineinhalb Jahre später bei einigen Gemeinderäten die Tendenz entstanden sei, das Verkehrskonzept aufgrund von kritischen Stimmen erneut zu beraten, auch wenn lediglich der zeitliche Ablauf der Maßnahmen des Verkehrskonzepts thematisiert werden solle.

Der Gemeinderat müsse konsequenter sein und damit den Bürgern Planungs- und Rechtssicherheit geben.

In der Bevölkerung würde es neben den Bürgern, die die Maßnahmen auffällig kritisieren, auch Bürger geben, die die Maßnahmen schweigend akzeptieren.

Die Mehrheitsentscheidungen der damaligen Beschlüsse zum Verkehrskonzept seien eindeutig gewesen. Das Protokoll zeige deutlich, dass alle Fraktionen sich zu allen Bereichen positiv geäußert hätten. Darunter fiele auch der Beschluss zur Einbahnregelung.

Die Verwaltung habe die Entscheidung seitens des Gemeinderats akzeptiert und nach außen hin vertreten.

Er hoffe, dass der Gemeinderat auch bei Gegenwind, zu seinen Entscheidungen stehe.

Stadtrat Hall: Er stimme Oberbürgermeister Pauly zu. Der Gemeinderat sei verantwortlich für die Entwicklung der Stadt und für das Wohl der Bürger. Der Gemeinderat sei beispielsweise bei der Sanierung des Fürstenberg-Gymnasiums und der Donauhallen konsequent geblieben, obwohl es dort auch Gegenstimmen gegeben habe.

Die Stadt Donaueschingen sei sehr erfolgreich und der Gemeinderat und die Verwaltung würden gut zusammenarbeiten. Die Donauhallen würden beispielsweise ein Erfolgsmodell darstellen und Donaueschingen würde sich mit anderen Städten in einem Wettbewerb befinden. Die Stadt könne sich einen fünfjährigen Wettbewerbsstillstand nicht leisten. Die Möglichkeit der Entwicklung dürfe nicht verschenkt werden und diese Chance müsse genutzt werden. Der Gemeinderat wolle weiterhin, dass die Stadt Donaueschingen erfolgreich sei.

Er habe das Protokoll der Beratung zu TOP 2 „Verkehrsuntersuchung 2015- weiteres Vorgehen“ der Gemeinderatssitzung am 04.10.2016 gelesen und finde es interessant, welche Punkte während der Behandlung des Tagesordnungspunkts angesprochen worden seien. Es sei lange und konstruktiv beraten worden und die Bürger seien stark mit eingebunden worden.

Er bedanke sich bei der Verwaltung für die gute und transparente Arbeit.

In den vergangenen Monaten seien viele Maßnahmen beschlossen worden, wie beispielsweise die Neuschaffung des Amtes für Kultur. Die Stadt sei in vielen Bereichen sehr aktiv gewesen und habe viele Maßnahmen umgesetzt. Es seien viele Veränderungen passiert, die die Stadt Donaueschingen aufwerten würde.

Als er das Protokoll zu den Beratungen gelesen habe, habe er die Diskussionen zum Verkehrskonzept als „Sternstunde des Gemeinderats“ empfunden.

Mit der Schaffung einer Einbahnregelung in der Fürstenbergstraße Fahrtrichtung stadteinwärts seien viele Ziele verbunden. Ein Ziel sei gewesen, dass die Aufenthaltsqualität in der Innenstadt ansteige und dass die Sicherheit der Fußgänger bei der Donauquelle gewährleistet sei.

Das Planungsbüro Karajan habe bestätigt, dass der Hindenburgring trotz der neuen Einbahnstrasse den zusätzlichen Verkehr aufnehmen könnte. Zudem würde nun auch die Brücke in Allmendshofen deutliche Verkehrsentlastung bringen. Er spreche sich dafür aus, die Maßnahmen jetzt durchzuführen, da sonst wichtige Zeit verloren gehen würde. Donaueschingen müsse attraktiver werden und fördern, dass zum Beispiel Bürounternehmen wieder zurück in die Innenstadt ziehen.

Die CDU-Fraktion wünsche sich eine öffentliche Informationsveranstaltung zum Verkehrskonzept zusammen mit dem Planungsbüro Karajan, da derzeit bei den Bürgern ein Informationsdefizit zum Verkehrskonzept vorherrsche. Dies wundere ihn, da die Verwaltung und der Gemeinderat damals versucht hätten, alle Bürger und die Vertreter des Gewerbevereins zu erreichen. Er habe sich damals über die fehlende Reaktion seitens des Gewerbevereins sehr gewundert.

Er appelliere an Firma Lidl, dass die Stadtverwaltung das Grundstück für den Neubau des Parkhauses/Parkdecks erwerben dürfe. Es könne nicht verstehen, warum die Firma Lidl ihre Händlerkollegen nicht unterstützen wolle.

Er würde sich wünschen, einen kleinen Arbeitskreis zu gründen, bei dem alle Vertreter mitarbeiten dürften. Hierbei könne überlegt werden, wie die Innenstadt Donaueschingens aufgewertet werden könne und beispielsweise Sortimentslücken beseitigt werden könnten.

Oberbürgermeister Pauly: Er stehe einer Informationsveranstaltung und einem Arbeitskreis positiv gegenüber. Er schlage vor, dafür den Arbeitskreis Stadtmarketing einzuberufen.

Stadtrat Vetter: Die SPD-Fraktion stehe zu den Beschlüssen zum Verkehrskonzept, die damals große Mehrheit gefunden hätten. Diese demokratische Entscheidung gälte es zu akzeptieren und umzusetzen.

Er stimme der Einführung einer Tempo-20-Zone in der Karlstraße zu. Bei dem Beschluss Nr. 5 vom 04.10.2016 (Einführung einer Einbahnregelung in der Fürstenbergstraße) müsste noch geprüft werden, ob der Hindenburgring das Verkehrsaufkommen bewältigen könne.

Die resultierenden Maßnahmen daraus seien, dass aus der Moltkestraße eine Einbahnstraße werde. Die SPD-Fraktion vermute, dass es dadurch auf der linken und rechten Straßenseite der Werderstraße und der Spitalstraße zu Verdrängungsverkehr kommen könne.

Die SPD-Fraktion plädiere dafür, diese Maßnahmen nicht umzusetzen. Schulen und Bürger würden dazu ihre Bedenken äußern.

Er bitte darum, mit der Umsetzung der Einbahnregelung zu warten. Die Verwaltung solle sich für die Umsetzung des Beschlusses Nr. 5 nochmals Gedanken zu möglichen Maßnahmen gegen den Verdrängungsverkehr machen.

Eine Möglichkeit wäre es, während der Zeit der Sanierung der Stadtkirche und damit verbundenen Einführung einer Einbahnregelung in der Fürstenbergstraße, bei der Moltkestraße Schilder für eine achtwöchige Testphase aufstellen. Dabei solle auch eine Verkehrszählung durchgeführt, die Verkehrsverlagerung beobachten und dadurch mögliche Bedenken seitens der Bürger entkräftet werden.

Dazu sei es nicht notwendig, die Beschlusslage zu ändern, sondern mit der Umsetzung des Beschlusses zu warten, um die Ergebnisse der Testphase auswerten zu können. Die Ergebnisse würden dann über die Einführung der Maßnahmen bestimmen.

Oberbürgermeister Pauly: Es sei notwendig, dass die Moltkestraße zur Einbahnstraße werde. Den Bürgern habe er auch vermittelt, dass der Verkehr beobachtet werden müsse. Mit Sicherheit würde dort Schleichverkehr entstehen.

Aus Sicht der Verwaltung sei der Umweg in die Moltkestraße so unattraktiv, dass vermutlich der Hindenburgring aufgrund des geringeren Zeitaufwands von den Privatkraftfahrzeugfahrer präferiert würde.

Herr Bunse: Die Verwaltung sei der Ansicht, dass der Privatkraftfahrzeugfahrer den Umweg über die Moltkestraße drei- bis viermal fahren und dann den Hindenburgring nutzen werde.

Es werde noch vor Einführung der Einbahnstraßenregelung eine Verkehrszählung vorgenommen und nach 6 Wochen erneut eine Verkehrszählung durchgeführt werden. Diese Zahlen würden dann verglichen werden. Außerdem werde auch die Geschwindigkeit der Fahrzeuge ermittelt, die weitere Auskunft über das Verkehrsverhalten geben würde.

Die Werderstraße sei sehr eng und sei daher für PKW-Fahrer sehr unattraktiv.

Stadträtin Dr. Jarsumbek: Die Diskussionen über das bereits beschlossene Verkehrskonzept seien zu erwarten gewesen. Die GUB-Fraktion sei nicht überrascht darüber.

Sie habe bei einem Vortrag Näheres zu der Thematik Veränderungsmanagement erfahren. Bei Veränderungen gebe es circa 10 Prozent Fürsprecher und der Anteil der Widerständler liege bei circa 10 bis 15 Prozent. Der restliche Anteil von circa 70 bis 80 Prozent stelle die breite Masse dar. Diese bestünde aus Bremsern und Skeptikern, die Veränderungen pauschal ablehnen würden. Sie hätten meist keine Sachargumente, würden nur persönliche Ri-

siken betrachten, seien pessimistisch eingestellt und würden ihre persönliche Meinung bevorzugen. Menschen würden Veränderungen und die damit verbundenen Neuanpassungen nicht mögen.

Drei Monate nach einer Veränderung würde deswegen eine schwierige Phase eintreten. Acht Wochen würden nicht ausreichen, damit die Bürger die Veränderungen akzeptieren und sich anpassen könnten. Demnach müssten die Bürger informiert werden und aktiv und auf den Weg genommen werden.

Das Verkehrskonzept könne bei einer Informationsveranstaltung intensiv beraten werden und Briefe der Bürger sollten ernst genommen werden.

Die GUB-Fraktion werde dem Beschlussvorschlag zustimmen.

Die Voraussetzungen für die Einrichtung der Einbahnstraße an der Stadtkirche seien gegeben. Die Hermann-Fischer-Alle funktioniere nun, die Anpassung der Ampelschaltung habe auch den Hindenburgring beschleunigt und auch der Allmendshofer Zubringer sei gebaut worden.

Sie fordere, dass die Ampeln und die Ausfahrten bei der Bahnhofstraße noch optimiert werden. Für diese Maßnahme müsse allerdings nicht darauf gewartet werden, bis der Busbahnhof umgebaut werde.

Der Gemeinderat höre viele Stimmen aus der Bürgerschaft. Die „leisen“ Bürger würden erwarten, dass die Maßnahmen des verabschiedeten Verkehrskonzepts umgesetzt würden, um die Aufenthaltsqualität in der Innenstadt von Donaueschingen zu steigern.

Herrn Patrick Schmoll (Gewerbeverein Donaueschingen) bezeuge sie, dass der Gemeinderat den Einzelhandel in der Innenstadt halten wolle. Donaueschingen solle eine schöne Stadt sein, die Bürger und Gäste zum Verweilen einlade. Sie sei überzeugt davon, dass dieses Vorhaben gelingen werde.

Die GUB-Fraktion stimme dagegen, die Maßnahme am Hindenburgring nur aufgrund einer Umleitung zu verschieben. Die Maßnahme solle noch dieses Jahr durchgeführt werden. Es sei ihres Erachtens nach nicht sinnvoll und dadurch würde lediglich wichtige Zeit verloren gehen. Die Fakten zum Beschluss am 4. Oktober 2016 hätten sich nicht geändert.

Stadtrat Blaurock: Er stimme Stadträtin Jarumbek zu und fordere auch die Maßnahmen zur Optimierung der Bahnhofstraße durchzuführen. Sobald diese funktioniere, sei es keine Frage mehr man, ob man über die Josefstraße und anschließend die Karlstraße oder die Wohngebiete in Richtung Norden fahre. Würde der Bürger nach Norden wollen, werde er den Hindenburgring nutzen. Er sei die beschriebenen Umwege bereits selbst abgefahren und könne aus seiner Sicht bestätigen, dass der Bürger den Hindenburgring spätestens nach drei bis vier Versuchen bevorzugen würde. Das Ziel des Verkehrskonzepts sei, über alle Fraktionen hinweg, dass die Karlstraße vom Verkehr befreit werde.

Im Oktober 2016 sei dem Gemeinderat das Ziel des Verkehrskonzepts bewusst gewesen. Er frage sich, was sich in den Jahren 2020 und 2021 verändern sollte.

Der Donabus stelle auch ein Beispiel dafür dar, die Innenstadt attraktiver zu gestalten.

Es sei zum zweiten Mal gelungen, dass in Donaueschingen ein politisches Klima für einen Bürgerentscheid erzeugt worden sei. Donaueschingen sei in der Lage, die aufkommende Thematik der Bürger aufzugreifen, jedoch stelle es keine Lösung dar, das verabschiedete Verkehrskonzept neu aufzuwerfen.

Die Maßnahmen seien bereits zur Hälfte realisiert worden. Er sehe keinen Grund, in die laufenden Maßnahmen des Verkehrskonzepts einzugreifen.

Die Fraktion der Grünen lehne es ab, die zeitliche Abfolge der Maßnahmen aus dem bereits verabschiedeten Verkehrskonzept erneut zu beraten.

Für ihn sei es unproblematisch mit der Realisierung der Einbahnstraße an der Stadtkirche für circa 5 bis 6 Wochen zu warten. Keinenfalls sollte drei bis vier Jahre mit der Umsetzung der Maßnahme gewartet werden. Für den Beginn der Renovierungsmaßnahmen an der Stadtkirche sei aktuell ein günstiger Zeitpunkt. Es sei ein „willkommener Anlass“ die Einbahnstraße gleich dauerhaft einzurichten.

Es sei sinnvoll, wie von der FDP-Fraktion vorgeschlagen, eine Informationsveranstaltung zum Verkehrskonzept anzubieten.

Der Gemeinderat nehme die Sorgen der Bürger ernst, trotzdem stünde die Fraktionen der Grünen zum damaligen Beschluss.

Stadtrat Fischer: Er sei stets gegen die Einbahnregelungen gewesen. Er sei der Ansicht, dass der Gewerbeverein, die Bürger und die Händler damals zu wenig an den Beratungen zum Verkehrskonzept beteiligt worden seien. Er plädiere dafür, sich bei den Maßnahmen Zeit zu lassen, nochmals darüber nachzudenken, die Maßnahmen an der Stadtkirche abzuwarten und die Verkehrsteilnehmer zu beobachten.

Am Kreisverkehr Bahnhof Donaueschingen solle eine Verkehrszählung durchgeführt werden und damit die Möglichkeit gegeben werden, zu reagieren.

Er denke, dass durch den Zubringer Allmendshofen, der Verkehr an der Stadtkirche bereits abgenommen habe. Nach den Baumaßnahmen an der Stadtkirche sollte erneut eine Verkehrszählung durchgeführt werden.

Den damaligen Beschluss komplett zurückzunehmen, sei negativ, jedoch dürften die Stimmen der Bürger nicht gänzlich ignoriert werden. Dies würde Nachteile für die kommende Kommunalwahl mit sich bringen.

Oberbürgermeister Pauly: Der Gewerbeverein würde für die kontroverse Stimmung der Bürger nicht verantwortlich gemacht.

Stadtrat Dr. Wagner: Er sei sehr beeindruckt davon, wie sachlich in der heutigen Sitzung die Problematiken aufgearbeitet worden seien.

Er schließe sich Herrn Stadtrat Vetter an. Er denke auch, dass die Verwaltung einen Ermessens- und Interpretationsspielraum habe, ob Maßnahmen bereits erfüllt seien oder nicht. Die Verwaltung sei eng an den Beschluss gebunden.

Zu Herrn Stadtrat Blaurock äußere er, dass es zunächst mehr Verkehr in der Karlstraße geben werde.

Er bedanke sich bei der Verwaltung für die Ehrlichkeit und die Transparenz. Er bitte darum, dass sich die FDP-Fraktion noch vor der Beschlussfassung beraten dürfe.

Oberbürgermeister Pauly: Er würde sehr gerne eine Bürgerinformationsveranstaltung zum Verkehrskonzept zusammen mit Planungsbüro Karajan durchführen. Ein Marketingausschuss sei am 20. März 2018 geplant.

Die Maßnahmen an der Bahnhofstraße könnten durchgeführt werden, dies würde keine allzu große Schwierigkeit darstellen.

Der Beschlussvorschlag würde nicht das initiieren, was die FDP-Fraktion sich zum Ziel gesetzt habe, daher werde er den FDP-Antrag zur Abstimmung stellen:

„Der Gemeinderat beschließt, dass eine erneute Beschlussfassung des Verkehrskonzepts zugelassen wird“.

Beschluss:

Der Gemeinderat beschließt, dass eine erneute Beschlussfassung des Verkehrskonzepts zugelassen wird.

(10 Ja, **Mehrheitlich Nein**, 1 Enthaltung)

7) TOP 1-023/18 Information über eine Organisationsänderung im Amt 4

Oberbürgermeister Pauly: Er führt anhand der Sitzungsunterlage in den Tagesordnungspunkt ein. Durch die Änderung der Organisationsstruktur des Amtes 4 und der Bildung des Amtes 4 Hochbau sowie 9 Tiefbau würde es nicht zu einer Personalmehrung kommen. Die jeweiligen Amtsleiter seien gleichzeitig die jeweiligen Sachgebietsleiter.

Stadtrat Kaiser: Die Aufteilung des Amtes 4 in zwei Ämter sei begründbar. Dafür seien die Aufstellung einer detaillierten Stellenbeschreibung wichtig.
Eine gerechte und attraktive Vergütung sei relevant, um qualifizierte Bewerber zu gewinnen. Diese seien ausschlaggebend dafür, ob der Prozess der Organisationsänderung erfolgreich sein werde oder nicht.

Beschluss: Die Organisationsänderung und die Ausschreibung der Funktionsstelle im Tiefbau wird zur Kenntnis genommen.

8) TOP 2-001/18 Donauhallen / Catering - Anpassung Kündigungsfrist

Herr Stadtrat Hermann Widmann ist befangen. Er verlässt den Sitzungstisch und nimmt im Zuhörerbereich Platz. Er nimmt weder beratend noch entscheidend an den Verhandlungen zu diesem Tagesordnungspunkt teil.

Beschluss:

Der Gemeinderat stimmt dem Abschluss des Änderungsvertrages zu.

(Mehrheit Ja, 1 Enthaltung)

9) TOP BM-030/18 Windkraft - Sachstandsbericht

Bürgermeister Kaiser: Er berichte anhand der Sitzungsunterlage über den Sachstand zu den Windkraftanlagen „Auf der Länge“.

Stadtrat Reith: Er stelle seitens der FDP-Fraktion die Anfrage zu den geplanten Windkraftanlagen „Auf der Länge“ vor.

Auf der städtischen Homepage sei zum Zwecke der Visualisierung des Vorhabens ein Vortrag des Projektträger solarcomplex eingestellt worden.

Auch bei der Vorstellung der geplanten Windkraftanlagen in Hüfingen sei die Vorstellung des Vorhabens von solarcomplex und von Herrn Bielefeld von der Bürgerinitiative, sehr unterschiedlich gewesen.

Er verstehe die Bürger, die Schwierigkeiten hätten, die Windkraftanlagen „Auf der Länge“ zu akzeptieren. Es sei für die Bürger schwierig, sich über alle Maßnahmen detailliert zu informieren.

Ihm sei wichtig, dass die Bürger die geplanten Windkraftanlagen „Auf der Länge“ akzeptieren.

Er frage sich, aus welchem Grund das übliche Petitionsverfahren übersprungen worden sei und außer Kraft gesetzt worden sei.

Seines Erachtens sei eine Stellungnahme seitens des Umweltministeriums angebracht. Solarcomplex habe bereits eine Stellungnahme abgegeben.

Wenn das Petitionsverfahren so einfach verlaufen würde, hätte es seiner Meinung nach bereits letztes Jahr erfolgen können.

Er habe Verständnis für den Unmut der Bürger. Er sei ebenfalls der Ansicht, dass der Petitionsausschuss rechtzeitig tagen müsse.

Er bitte die Verwaltung um Klarstellung, welche Visualisierung auf der Homepage die richtige sei und wo diese aufzufinden seien.

Er erinnere sich an den Vortrag von solarcomplex. Dort sei versprochen worden, dass keine Bürgerproteste zu erwarten seien. Dies entspräche aber nicht der Wahrheit.

Er denke, dass in dieser Sache mehr Bürgerbeteiligung nötig gewesen wäre.

Er erkundige sich danach, mit welchen Rückbaukosten gerechnet werden müsse.

Oberbürgermeister Pauly: Er bedanke sich bei Herrn Stadtrat Reith für die Anmerkung. Der Gemeinderat habe keinen Einfluss auf die Entscheidungen des Petitionsausschusses.

Die Verfahren und die Ausstellungen der Planung der geplanten Windkraftanlagen „Auf der Länge“, seien für die Öffentlichkeit bekannt gemacht worden. Die Öffentlichkeit habe jedoch wenig Interesse gezeigt.

Bürgermeister Kaiser: Sämtliche Bürgerbeteiligungen seien durchgeführt worden. Ihn würde es sehr wundern, dass der Gemeinderat erst zum jetzigen Verfahrensstand rügen würde.

Der Vertrag sei dem Gemeinderat vorgelegt worden und ein Beschluss gefasst worden, in dem auch die Höhe des Entschädigungsbetrags vereinbart worden sei.

Im nichtöffentlichen Teil der Gemeinderatssitzung vom 7. Mai 2013 sei vom Gemeinderat, dem Abschluss eines Pachtvertrages zum Betrieb von Windkraftanlagen auf den städtischen Forstflächen auf Gemarkung Donaueschingen und Hüfingen mit der Firma wpd thik energy GmbH, Bietigheim-Bissingen einstimmig zugestimmt worden.

Er weise Herrn Stadtrat Reith darauf hin, dass in der Sitzungsvorlage die Einzelheiten nachzulesen seien.

Herr Bunse: Zu den geplanten Windkraftanlagen sei die Öffentlichkeit auch von den Nachbargemeinden geladen worden. Das Interesse der Bürger sei sehr gering gewesen, denn es sei niemand zu den Anhörungen erschienen. Er habe sich bereits damals gefragt, aus welchem Grund kein Bürger erschienen sei. Der Bürger habe das Recht und die Möglichkeit gehabt, zu den Anhörungen zu erscheinen. Er habe als Antworten für das Nichterscheinen

seitens der Bürger vernommen, dass diese nie gedacht hätten, dass die Windkraftanlagen tatsächlich gebaut würden.

Die Verwaltung und der Gemeindeverwaltungsverband habe eine Visualisierung der geplanten Windkraftanlagen angefertigt. Diese habe er bei den Anhörungen präsentiert.

Er habe sich damals die Zeit für Anhörungen und Bedenken und Fragen aus der Bürgerschaft genommen, jedoch habe jegliches Interesse gefehlt.

Stadtrat Reith: Er erkundige sich nochmals, welche der angefertigten Visualisierungen der geplanten Windkraftanlagen „Auf der Länge“ realistisch seien.

Ihm würden die nichtöffentlichen Sitzungsvorlagen vom 7. Mai 2013 nicht vorliegen, da er damals noch kein Mitglied des Gemeinderates gewesen sei.

Herr Bunse: Eine realistische Visualisierung, sei auf der Internetseite des Gemeindeverwaltungsverbandes zu finden.

Oberbürgermeister Pauly: Die realistische Visualisierung der geplanten Windkraftanlagen „Auf der Länge“ würden dem Gemeinderat von der Verwaltung vorgelegt.

Beschluss:

Der Sachstandsbericht über den Stand der Genehmigung und den Bau der Windkraftanlagen auf der Länge in Neudingen wird zur Kenntnis genommen.

10) TOP 4-030/18 Architektenwettbewerb Kindertagesstätte Am Buchberg - Vorstellung Ergebnis

Herr Unkel: Er führt anhand der Sitzungsunterlage und einer Präsentation in den Tagesordnungspunkt ein. Diese ist dem Protokoll als Anlage beigelegt. Das alte Grundstück der KiTa (rote Linie) sei im Vergleich zu der neuen Grundstücksgröße (orange Linie) kleiner. Die Grundstücksgrenze sei nach Süden hin erweitert worden.

Er stellt die Arbeiten des ersten Preisträgers Ackermann + Renner Architekten, Berlin und des zweiten Preisträgers Holz + Architekten, Freiburg vor.

Der Gebäudekomplex würde aus einzelnen Häusern bestehen, die durch Fugen voneinander getrennt seien. Der Vorteil der Arbeit des ersten Preisträgers sei, dass die Kindertagesstätte in nördlicher Richtung nicht sehr weit an die Grundstücksgrenze gelange. Im Norden gebe es einen Vorplatzbereich (vgl. Anlage 1 a).

Das Erdgeschoss (vgl. Anlage 1b) würde eine gute Lösung darstellen, da der Bereich nach oben hin offen sei.

Das Obergeschoss sei ein durchgängiges Gebäude mit Zwischenzonen (vgl. Anlage 1 c).

Auf der Darstellung (vgl. Anlage: Ansicht von Westen) sei das Ergebnis des Entwurfs von Ackermann+ Renner Architekten abgebildet. Es handle sich um einen Betonbau mit Holzverkleidung.

Bei dem zweiten Preisträger sei der nördliche Bereich stärker verbaut und die Kindertagesstätte sei ein durchgängiger Baukörper. Der Gartenbereich stelle eine durchgängige Fläche und somit einen guten Spielplatzbereich für Kinder dar (vgl. Anlage 2a und 2b).

Die Außentreppe habe die Funktion einer Fluchttreppe und der vorgelagerte Balkon stelle ebenfalls eine Spielfläche für die Kinder dar.

Er stelle mit Hilfe von Anlage 3 die Punktevergabesystematik für die vorliegenden Entwürfe vor.

Oberbürgermeister Pauly: Er bedanke sich bei Herrn Unkel für die Ausführungen.

Stadtrat Dr. Wagner: Er bedanke sich für die Erläuterungen, die für ihn nachvollziehbar gewesen seien.

Stadtrat Widmann: Er erkundige sich, ob das Gebäude des Entwurfs des zweiten Preisträgers auch mit Holz verkleidet werden könne.

Herr Unkel stimmt dem zu.

Stadtrat Vetter: Der Entwurf des zweiten Preisträgers sei gut, jedoch würde ihn der Entwurf des ersten Preisträgers aufgrund der Gestaltung der geplanten Kindertagesstätte am Buchberg mehr überzeugen. Die Punktevergabe-Matrix könne er nachvollziehen. Das Ergebnis wäre bei ihm jedoch enger ausgefallen. Es wäre eine Möglichkeit, den preisgekrönten Entwurf von den Berliner Architekten abzukaufen und zu realisieren. Er wäre jedoch auch mit dem zweiten Entwurf einverstanden.

Stadtrat Wild: Er bedanke sich bei Herrn Unkel für die Ausführung. Er sei bei dem Realisierungswettbewerb Kindertagesstätte „Am Buchberg“ Donaueschingen dabei gewesen und habe eine andere Wahrnehmung als die Verwaltung.

Die Arbeit der Architekten aus Berlin habe er damals bereits als deutlich besser empfunden.

Er denke jedoch auch, dass die Arbeit für die Verwaltung zusammen mit den Architekten aus Freiburg einfacher sein würde.

Stadtrat Dr. Kaminski: In der Matrix läge die Gewichtung bei Nr. 3 Auftragskriterium: Nachhaltigkeit lediglich bei 10 Punkten. Die Höhe der Gewichtung sei an dieser Stelle für ihn persönlich nicht sachgerecht. Es müssten bei diesem Kriterium mehr Punkte vergeben werden.

Stadtrat Hall: Die CDU-Fraktion würde den Entwurf des ersten Preisträgers präferieren. Er schlage deshalb vor, dass die Verwaltung den Entwurf des ersten Preisträgers abkaufe und diesen dann mit ausgewählten Architekten und Fachplanern realisiere. Die CDU-Fraktion stimme somit für die Realisierung des Entwurfs des ersten Preisträgers des Realisierungswettbewerbs Kindertagesstätte „Am Buchberg“ Donaueschingen.

Herr Unkel: Die Gewichtung der Nachhaltigkeit mit einem Anteil von 10 Prozent sei vorgegeben.

Der Entwurf könne nur mit Einverständnis der Architekten erworben werden.

Stadtrat Dr. Wagner: Er interessiere sich für die Folgekosten beim Bau eines Gebäudekomplexes mit vier Baukörpern anstelle von einem.

Herr Unkel: Ein Gebäudekomplex mit vier Baukörpern würde grob geschätzt 10 Prozent mehr kosten. Eine kompakte Bauform sei kostentechnisch geschickter, da eine größere Hüllfläche mehr Verluste bedeute. Zum Beispiel sei die Außenfassade bei vier Baukörpern automatisch größer und dadurch würden auch die Heizungskosten ansteigen.

Stadtrat Greiner: Er sei beim Realisierungswettbewerb dabei gewesen. Er sei aber über die vorliegende Gesamtauswertung überrascht. Zwischen dem ersten Preisträger aus Berlin und dem zweiten Preisträger aus Freiburg würde qualitativ ein großer Unterschied bestehen. Er erinnere sich daran, dass von den gesamten Beteiligten lediglich eine Stimme für den Entwurf des zweiten Preisträgers gestimmt haben. Alle anderen hätten für den Entwurf des ersten Preisträgers gestimmt.

Die Auftragskriterien 4 und 5 würden nicht mehr relevant sein, wenn die Verwaltung den Entwurf des ersten Preisträgers von den Berliner Architekten erwerben würde.

Über die jeweilige Punktevergabe bei Auftragskriterium Nr.1 habe er sich sehr gewundert. Er priorisiere weiterhin den Entwurf des ersten Preisträgers.

Herr Unkel: Die Auftragskriterien 4 und 5 müssten mitgewertet werden.

Oberbürgermeister Pauly: Der Gemeinderat dürfe entscheiden, welcher Entwurf realisiert würde.

Stadträtin Schmitt: Sie weise darauf hin, dass neben der stadtbaulichen Sichtweise auf die Entwürfe, auch der Fokus auf die Kinderfreundlichkeit gelegt werden müsse.

Sie weise darauf hin, dass beim Entwurf des ersten Preisträgers im zweiten Stockwerk die Schlafräume geplant seien.

Stadträtin Wiemer: Sie erkundige sich, ob es bei der Umsetzung des Entwurfs des ersten Preisträgers auch möglich sei, das Gebäude mit Holzverkleidung zu bauen.

Herr Bunse: Er würde den Wunsch mitaufnehmen.

Oberbürgermeister Pauly: Der Änderungsantrag der CDU-Fraktion laute: Der Entwurf des ersten Preisträgers, Ackermann + Renner GmbH, Berlin, dient als Grundlage für die Realisierung der Kindertagesstätte „Am Buchberg“ unter der Voraussetzung, dass die Stadtverwaltung den Entwurf erwerben kann.

Beschluss: Der Entwurf des ersten Preisträgers, Ackermann + Renner GmbH, Berlin, dient als Grundlage für die Realisierung der Kindertagesstätte Am Buchberg unter der Voraussetzung, dass die Stadtverwaltung den Entwurf erwerben kann.

(Mehrheitlich Ja, 8 Nein)

11) TOP 4-031/18 Bebauungsplan Störling, 2. Änderung - Aufstellungsbeschluss

Herr Bunse: Er führt anhand der Sitzungsunterlage und mit Hilfe einer Präsentation in den Tagesordnungspunkt ein. Diese ist dem Protokoll als Anlage beigefügt.

Stadträtin Bronner: Sie erkundige sich danach, ob die Altglascontainer in der Geschwister-Scholl-Straße bestehen bleiben würden.

Herr Bunse: Dies sei noch nicht abgesprochen worden.

Beschluss: Der Aufstellung zur 2. Änderung des Bebauungsplanes „Störling“ nach § 13 a BauGB wird zugestimmt.

(einstimmig)

12) TOP 4-032/18 Mehrzweckhalle Grüningen / Neubau - Vergabe Architektenhonorar

Beschluss:

Das Architekturbüro Limberger, Donaueschingen, wird mit den Architektenleistungen auf Grundlage der HOAI beauftragt.

(Mehrheitlich Ja, 2 Enthaltungen)

13) TOP 4-033/18 Mehrzweckhalle Grüningen / Neubau - Vergabe Tragwerksplanung

Beschluss:

Das Ingenieurbüro Sättele, Löffingen / Donaueschingen, wird mit der Tragwerksplanung auf Grundlage der HOAI beauftragt.

(Mehrheitlich Ja, 1 Enthaltung)

14) TOP 4-025/18 Eigenbetrieb Wasserversorgung / Rohrnetzunterhaltung Tief- und Straßenbau 2018/2019 - Vergabe Jahresarbeiten

Beschluss:

Die Firma Behringer, Hüfingen, wird mit den Jahresarbeiten zur Unterhaltung des Wasserleitungsnetzes (März 2018 bis Februar 2019) in Höhe von 210.826,35 € (brutto) beauftragt.

(Mehrheitlich Ja, 3 Nein)

15) TOP Anfragen aus dem Gemeinderat und Verschiedenes

Flüchtlingsunterbringung bei der Stadt Donaueschingen

Oberbürgermeister Pauly: Er gebe bekannt, dass alle minderjährigen Flüchtlingen, die in der Sonnhaldenstraße 2 in Donaueschingen untergebracht seien, zum 1. März 2018 umverteilt würden. Die meisten Flüchtlinge seien mittlerweile volljährig und es würden kaum noch Minderjährige nachkommen. Deswegen werde die Einrichtung in der Sonnhaldenstr. 2 geschlossen. Die meisten der dort noch wohnhaften Jugendlichen, würden innerhalb Donaueschingens in verschiedene Wohngruppen untergebracht, die weiterhin von der Sozialen Kompetenz betreut würden.

Donaubus

Stadträtin Zwetschke: Noch vor Einführung des vormaligen Donaubusses habe es in der Winterzeit in der Uhlandstraße auf der Fahrbahnseite ein Parkverbot gegeben, damit der damalige Stadtbus die Straße passieren könne.

Dieses Jahr sei dies nicht der Fall gewesen. Die Bewohner würden links und rechts auf der Straße parken, sodass der Bus nicht durch die Straße fahren könne.

Der Donaubus habe früh morgens mehrmals ein Hupsignal abgeben müssen und dabei auch die Bewohner geweckt, die ihr Privatkraftfahrzeug nicht ordnungswidrig geparkt hätten.

Sie wünsche sich, dass derartige Vorkommnisse, insbesondere im nächsten Jahr, vermieden werden könnten.

Oberbürgermeister Pauly: Er bedanke sich bei Stadträtin Zwetschke für den Hinweis. Er werde diesbezüglich mit Herrn Ordnungsamtsleiter Dereck sprechen.

Ausschreibungsverfahren für Architekten

Stadträtin Riedmaier: Sie erkundige sich danach, wie das Ausschreibungsverfahren für Architekten bei Bauprojekten der Stadt Donaueschingen ablaufe und die Verwaltung den „Architekten ihres Vertrauens“ auswähle.

Herr Bunse: Das Vergaberecht der Europäischen Union regele die Vergabe öffentlicher Aufträge. Demnach müsse europaweit ausgeschrieben werden.

Mit Hilfe einer Bewertungsmatrix entscheide sich die Verwaltung für einen „Architekten ihres Vertrauens“.

Erreichbarkeit der Ratsinformationen für die Bürgerschaft

Stadtrat Reinbolz: Er würde sich darüber freuen, wenn Bürger zu Gast bei öffentlichen Sitzungen des Gemeinderats erscheinen würden. Bei einer großen Anzahl von Gästen handle es sich aber meist um Protestbewegungen. Es sei relevant, dass das Interesse der Bürger an kommunalpolitischen Verhandlungen der Stadt Donaueschingen ansteige.

Er denke es sei für den Bürger, der das städtischen Mitteilungsblattes nicht abonniere, schwierig, relevante Ratsinformationen im Internet zu finden. Beispielsweise die Tagesordnung für die Gemeinderatssitzung sei auf der Homepage der Stadt Donaueschingen oder der Facebook Seite nicht leicht auffindbar und bitte um Verbesserungen.

Oberbürgermeister Pauly: Er stimme dem zu und sei zuversichtlich, dass der Vorschlag von der Verwaltung umgesetzt werden könne.